

10.01.2013

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Sportausschusses**

zu dem Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/1256

**Kommunalsport initiieren - „Vom Verwalten zum Gestalten auf kommunaler Verwaltungsebene“**

**Berichterstatter**

Axel Wirtz

CDU

### **Beschlussempfehlung**

Der Antrag der Fraktion der PIRATEN – Drucksache 16/1256 – wird abgelehnt.

Datum des Originals: 10.01.2013/Ausgegeben: 16.01.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

## **Bericht**

### **A Allgemeines**

Der Antrag der Fraktion der PIRATEN - Drucksache 16/1256 - wurde durch Plenarbeschluss vom 07. November 2012 zur Federführung an den Sportausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Kommunalpolitik mit der Maßgabe überwiesen, dass die abschließende Beratung im Plenum nach Vorlage einer Beschlussempfehlung durch den federführenden Sportausschuss erfolgen soll.

Mit dem Antrag soll der Landtag feststellen, die Stärkung des organisierten Sports sei sicherzustellen. Mit dem Pakt für den Sport sei bereits ein wichtiger Schritt gegangen worden, der dem Landessportbund nachhaltige Planungssicherheit biete.

Hier gelte es den Landessportbund weiter zu unterstützen; gerade im Hinblick auf die Probleme, die der Landessportbund bereits in der letzten Legislaturperiode selbst identifiziert habe: Nachdem viele Konzepte vor Ort von den Vereinen umgesetzt werden müssten, liefe man Gefahr, mit professionellen zentralen Apparaten auf Landesebene Konzepte und Dinge zu ersinnen, die an der Realität vor Ort, die von begrenzten Renoncen gekennzeichnet sei, scheiterten.

Folglich sei es unabdingbar, gemeinsam die Strukturen vor Ort auszubauen und in den Stadt- und Kreisverwaltungen einen Partner für Sportförderung weiter zu stärken. Bereits in der letzten Legislaturperiode sei festgehalten worden, dass es bei der Unterstützung der verschiedenen Programme und Konzepte wichtig sei, neben dem organisierten Sport, die „Städte in die Lage zu versetzen die Vereine zu unterstützen“.

Aus der Trainingswissenschaft wisse man, dass jeder Agonist einen Antagonisten für eine Bewegungsausführung benötige. Mit dem Pakt für den Sport werde eine hervorragende Grundlage geschaffen, die gezielt unterstützt und weiter ausgebaut werden müsse.

Die Programme und Konzepte, die im Rahmen des Paktes für den Sport bisher entwickelt, gefördert und agnostisch umgesetzt würden, erhielten mit dem „Kommunalsport“ einen Antagonisten, der in der Lage sei, die Strukturen professionell zu stabilisieren und die Umsetzung der Programme und Konzepte zu begleiten.

Vor diesem Hintergrund sei eine breite Unterstützung im Bereich der Machbarkeit von Programmen, Begleitung und Öffnung für andere Politikfelder (z.B. Familie, Integration) in den Sportvereinen in Zukunft zu erwarten.

Auch die Landesregierung proklamiere in ihrem Bericht über die Ziele und Vorhaben der Sportpolitik für die Jahre 2012 bis 2017, dass sie erreichen wolle, allen die Chance am Sport treiben zu ermöglichen, damit sich die Potenziale des Sport noch ganz anders in der Gesellschaft entfalten könnten.

### **B Beratung**

Der mitberatende Ausschuss für Kommunalpolitik hat in seiner Sitzung am 23. November 2012 über den Antrag beraten und beschlossen, zu dem Antrag kein Votum abzugeben.

Der federführende Sportausschuss hat über den Antrag in seiner Sitzung am 11. Dezember 2012 beraten.

Die antragstellende **Fraktion der PIRATEN** stellte fest, der gesellschaftliche Wandel sei voll im Gang. Auch die sportlichen Aktivitäten der Bürger veränderten sich stetig. Man habe es mit einer stetigen Individualisierung und vor allem Pluralisierung der Sportlandschaft zu tun. Bei dem Antrag handle es sich um eine neue Sicht auf die Sportförderung. Die PIRATEN wollten die Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse schärfen, die in der Kommune entstünden und momentan nicht bedient werden könnten. Die PIRATEN wollten mit dem Ausschuss über die Förderung von offenen und von freien kommunalen Sportangeboten reden. Denn selbstbestimmte Jugendliche, Familien und insbesondere Senioren seien bewegungsaktiv. Das sollte man nicht verschlafen. Das sollte unterstützt werden. Das könne jetzt schon unterstützt werden, ohne besonders viel Geld in die Hand nehmen zu müssen. Offene Sporthallen und Skateparks, offene Kletterwände, eSports und offene Treffpunkte für Jogging- oder Walkinggruppen oder sogar Spaziergruppen im Seniorenbereich gebe es vereinzelt auf den kommunalen Ebenen. Sie seien aber häufig nur Modellprojekte. Ebenso häufig seien sie das Ergebnis der Selbstinitiative von Bürgern. Denn potenziell profitable Bereiche in dieser freien Sportkultur würden sehr schnell von kommerziellen Anbietern übernommen. Die Zugangshürden würden dadurch massiv erhöht.

Die PIRATEN wollten gerne diskutieren, wie man diese Individualisierung der Sportlandschaft ideell unterstützen könne und Maßnahmen zur Ausweitung und Förderung treffen könne. Die PIRATEN sagten ganz offen, dass dieser Antrag nur ein erster Versuch sei, diese neue Sicht aufzuzeigen. Um diese neue Sichtweise einnehmen zu können, werde im gewissen Maße schon eine Offenheit benötigt. Natürlich seien den PIRATEN die sehr guten Anstrengungen des Landessportbundes bekannt. NRW müsse sich bei Weitem nicht verstecken, was die Sportförderung angehe. Denn NRW befinde sich etwa im oberen Drittel bei den relativen Ausgaben für die allgemeine Sportförderung. Auch die Förderstruktur in NRW sei ganz ordentlich. In ihrem Antrag sprächen die PIRATEN jedoch nicht nur von einer finanziellen Sportförderung, sondern auch von einer inhaltlichen Unterscheidung zwischen dem Breitensport und dem Leistungssport und jetzt neu der Förderung einer fehlenden Säule, nämlich diesem freien kommunalen Sport. Wenn man von Kommunalsport spreche und eine Unterstützung dieser offenen Sportangebote fordere, dann meine man auch, dass die existierenden Sportvereine aus kommunaler Sicht eine tragende Rolle spielen könnten. Hier gelte es zu überlegen, wie der Bedarf an offenen Sportangeboten an die Leistungsstrukturen von Vereinen gekoppelt werden könne oder wie der Vereinssport von diesen offenen Sportangeboten profitieren könne. Denn ein gezielter Ausbau von freien kommunalen Sportangeboten sei problemlos möglich, ohne dabei die Vereine zu benachteiligen. Man habe an dieser Stelle in NRW die ganz große Chance, mit einer bestehenden Förderstruktur für diesen kommunalen Sportbereich ein Vorbild zu sein für alle anderen Bundesländer, weil man hier diese eindeutig vorhandene Entwicklung wahr und diese rechtzeitig auf die politische Ebene genommen habe, um die entsprechenden Rahmenstrukturen zu schaffen.

Die **SPD-Fraktion** entgegnete, jetzt habe man besser verstanden, wo die PIRATEN mit ihrem Antrag eigentlich hin wollten. Die Einschätzung werde deshalb aber nicht positiver. Die PIRATEN hätten vorgetragen, die kommerziellen Strukturen seien dort vorhanden, wo etwas zu verdienen sei. Das sei klar. Die gebe es. Die Vereine hätten die PIRATEN zum Schluss erwähnt und dazwischen die Initiativen. Jeder, der z.B. jogge oder mit dem Rad fahre, sei auch eine dieser Initiativen. Dafür brauche man keinen Verein. Viele Leute hätten Schwierigkeiten, sich an Gruppen zu beteiligen, weil die Arbeitszeiten unregelmäßig seien. Diese kämen aber nicht auf den Gedanken, für ihren Individualsport einen Zuschuss zu brauchen. Man sei der Ansicht, dass, wenn da Gruppen seien und wenn sie glaubten, Zuschüsse zu benötigen, sie sich dann an den organisierten Sport wenden sollten. Das seien die Vereine. Das seien Ehrenamtliche. Das seien Strukturen, die vorhanden seien. Es gebe mindestens vier Strukturen im Haushalt, mit denen in der jetzigen Haushaltsform der Breitensport vor Ort deutlich gefördert werde. Das sei einmal die Übungsleiterpauschale.

Diese stehe direkt den Übungsleiterinnen und Übungsleitern der Vereine des Breitensports zur Verfügung. Es gebe Forderungen des Landessportbundes, die Pauschale zu erhöhen. Darüber werde diskutiert. Das gelinge mal mehr und mal weniger. Aber das sei eindeutig eine Förderung des Breitensports, also das, was die Piraten anstrebten. Man habe die Sportpauschale, die den Gemeinden zweckgebunden zugesandt werden, damit sie vor Ort den Sport förderten. Ganz bewusst habe dieser Sportausschuss über verschiedene Regierungskonstellationen hinweg immer Wert darauf gelegt, dass das als Sportpauschale festgeschrieben sei und die Kommunen das nicht für irgendwelche Aufgaben verwenden könnten. Man habe einen Topf Zuschüsse für Investitionen in den Sportbereich, der auch den Kommunen, also den Sporteinrichtungen, zur Verfügung stehe. Man habe auch über den Landessportbund ganz viele Projekte, die vor Ort umgesetzt würden. Die finanziere das Land mit oder finanziere sie sogar alleine. Das sei wirklich eine breite Förderung des Breitensportes vor Ort. Man habe sich in diesem Ausschuss immer sehr intensiv darüber unterhalten, genau diese Form haben zu wollen, diese kommunale Förderung - bei allem, worüber Opposition und Regierungsfractionen auch in wechselnder Konstellation miteinander stritten. Man sei schon der Ansicht gewesen, dass man sich über die ganzen Jahre einig gewesen sei, dass man diese direkte Förderung des Breitensports vor Ort wolle. Insofern werde die SPD-Fraktion diesen Antrag ablehnen müssen, weil die SPD der Ansicht sei, dass das, was die Piraten forderten, bereits stattfinde.

Die **Fraktion Bündnis90/Die Grünen** schloss sich in vielen Punkten den Ausführungen der SPD-Fraktion an. Die PIRATEN forderten zu Recht individuelle Angebote und dass man auf veränderte Lebenssituationen und demografischen Wandel eingehen müsse. An vielen Stellen hätten sich die Vereine aber mittlerweile schon bewegt. Heute sei ein Sportverein nicht mehr nur klassisch das Fußballteam von der F-Jugend bis zu den alten Herren, sondern in vielen Bereichen hätten sich schon neue Sportangebote herausgebildet. Sportvereine seien heute Träger von Fitnessstudios. Sportvereine böten Walkinggruppen an. Sie böten Gesundheitssport an. Sie machten sich vermehrt auf den Weg, Sport im Ganzttag mit zu unterstützen. Es gebe auch Breitensportgruppen, in denen man sich ganz vielfältig betätigen könne. Da sei schon einiges passiert. Genau diese Tendenzen sollten auch gefördert werden. Denn die Vereine und Verbände seien ein ganz wichtiger Träger der Zivilgesellschaft. Deshalb sei es wichtig und begrüßenswert, wenn sich Menschen in den Vereinen und Verbänden engagierten und dort den Sport weiterentwickelten. Bei neuen Sportarten habe sich der Sport in seiner organisierten Form ja auch immer wieder neuen Trends geöffnet. Man stimme mit den Piraten darin überein, dass man natürlich auch Sporträume eröffnen müsse, in denen Menschen sich einmal einfach so zum Fußball treffen könnten. Es müsse dafür gesorgt werden, dass es als Teil sozialräumlicher Stadtentwicklung dabei bleibe, dass es diese Räume gebe, in denen man sich sportlich betätigen könne. Man gehe davon aus, dass darüber Einigkeit herrsche. Bündnis90/Die Grünen seien sich aber mit der SPD auch sehr einig in der Aussage, in den Kommunen werde viel für den Sport getan. Dort gebe es funktionierende Strukturen, die sich in der Art und Weise bewährt hätten. Die könnten sich immer weiterentwickeln. Aber das hätten sie in den vergangenen Jahren auch schon getan. Das würden sie mit Sicherheit auch weiterhin tun. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen könnten den Antrag in dieser Form auch nur ablehnen.

Die **CDU-Fraktion** warf die Frage auf, ob der Antrag wirklich die Lebenswirklichkeit im Sport wiedergebe. Selbst viele kleine Dorfvereine böten inzwischen verschiedene Sportarten an und seien auf die Entwicklungen in der Gesellschaft eingegangen. Die Vereine versuchten immer mehr aus der Lebenswirklichkeit in die Vereinswelt zu integrieren. Man habe ein gutes Zweisäulenmodell mit dem Breitensport auf der einen Seite und dem Leistungssport auf der anderen Seite. Die CDU-Fraktion tue sich ein bisschen schwer, daneben jetzt noch eine dritte Säule hochzuziehen. Die müsse auch bürokratisch bearbeitet werden. Vielleicht entstünden Mehrkosten. Deshalb sei die CDU eher der Auffassung, dass derzeit die

Lebenswirklichkeit schon integriert worden sei und man an einem bewährten System festhalten sollte.

Die **FDP-Fraktion** legte dar, man habe sich bei diesem Antrag gefragt, in welche Richtung das überhaupt gehen solle und welches konkrete Konzept dahinterstecke. Die mündlichen Erläuterungen der PIRATEN eingangs hätten das etwas erhellt. Man habe bisher ein gutes System. Man habe ein Zweisäulenmodell, das auch nicht infrage zu stellen sei. Man habe eine sehr gute kommunale Förderung des Sportes vor Ort. Das, was in den Kommunen geschehe, verdiene Respekt. Man habe gute Anbindungen an den Landessportbund. Es erschließe sich noch nicht so richtig, warum man jetzt eine weitere Lösung schaffen sollte. Es sei eine bürokratische Regelung zu befürchten, die zusätzliche Kosten produziere. Dieses Geld könne sicher an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden. Insofern werde die FDP-Fraktion dem Antrag auch nicht zustimmen.

Die **Landesregierung** machte auf zwei Aspekte aufmerksam. Zunächst sei es Tatsache, dass heute schon die kommunale Sportförderung den Hauptteil der Sportförderung überhaupt ausmache. 79 % der Sportförderung sei kommunale Sportförderung. 17 % sei Landesförderung und 4 % sei Bundesförderung. Das, was die Piraten verlangten, werde in großem Maße schon auf kommunaler Ebene auf verschiedenem Wege realisiert. Wenn man einen weiteren Strang aufbaue, eine Säule, dann gebe es natürlich angesichts der anderen Förderwege über das Land an die Kommunen und über den Landessportbund an seine Unterorganisationen die Gefahr einer Doppelförderung. Das müsse ausgeschlossen werden. Gerade in Zeiten, in denen man etwas knapper bei Kasse sei, seien solche Gesichtspunkte in die Bewertung einzubeziehen.

### **C Schlussabstimmung**

Bei der Schlussabstimmung über den Antrag der Fraktion der PIRATEN - Drucksache 16/1256 - wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN abgelehnt.

Axel Wirtz  
- Vorsitzender -